

(Nr. 410.) Protokollextrakt der Ersten Kammer über das königl. Dekret Nr. 17, den Bau mehrerer Nebenbahnen betr.

Präsident: An die Finanzdeputation B zur Ausfertigung der Ständischen Schrift abzugeben.

(Nr. 411.) Protokollextrakt der Ersten Kammer über die Petition der verm. Richter in Rosendorf in Böhmen, Unterstützung aus Staatsmitteln betr.

Präsident: Es liegen übereinstimmende Beschlüsse beider Kammern vor, die dahin gehen, die Petition auf sich beruhen zu lassen. Zu den Akten.

(Nr. 412.) Ständische Schrift

1. auf das königl. Dekret Nr. 8, vier Uebereinkünfte mit den Regierungen der Fürstenthümer Reuß ältere und jüngere Linie sowie Schwarzburg-Sondershausen über die Mitbenutzung der sächsischen Korrekionsanstalten zu Sachsenburg und Waldheim, der Landesblindenanstalt zu Dresden, sowie der Erziehungsanstalten Großhennersdorf, Rossen und Bräunsdorf betr.;
2. auf das königl. Dekret Nr. 19, eine Uebereinkunft mit der Regierung des Herzogthums Sachsen-Altenburg über die Mitbenutzung der Landesblindenanstalt betr.

Präsident: Die Ständische Schrift liegt in der Kanzlei aus.

(Nr. 413.) Druckexemplare einer Petition der städtischen Kollegien zu Penig und Genossen um Erbauung einer Eisenbahn von Penig nach Altenburg betr.

Präsident: Zu vertheilen.

(Nr. 414.) Gesuch des Abg. Kramer um Beurlaubung bis Ende dieser Woche wegen Krankheit in der Familie.

Präsident: Ich bitte, das Gesuch zu verlesen.
(Wird verlesen.)

Begehrt Jemand das Wort? — Es ist nicht der Fall. Wollen Sie dem Herrn Abg. Kramer den erbetenen Urlaub bewilligen? — Einstimmig.

(Nr. 415.) Druckexemplare einer Petition von Einwohnern der Stadt Glauchau, die Anlegung eines Zweiggleises vom Bahnhofe nach dem zu errichtenden städtischen Schlachthofe daselbst betr.

Präsident: Zu vertheilen.

Für die heutige Sitzung ist der Herr Abg. Schickert wegen geschäftlicher Abhaltung entschuldigt.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Erster Gegenstand ist: „Schlußberathung über den schriftlichen Bericht der Finanzdeputation A über die das Departement des Innern betreffenden, mit Dekret Nr. 2 vorgelegten, Kap. 42 bis mit 58 des ordentlichen Staatshaushaltsetats; bei Kap. 50a

über den Titel 3 des außerordentlichen Staatshaushaltsetats; bei Kap. 54 über Titel 2 des außerordentlichen Staatshaushaltsetats und: a) über die Petition von Schmalfuß und Genossen, die Aufschubung des Polizeihausbaues betreffend; b) bei Kap. 49 über das Gesuch des Stadtrathes und der Stadtverordneten zu Plauen i. B., die Erhöhung einer Beihilfe zu den Kosten der Elsterflußregulirung betreffend, sowie c) über das Gesuch von A. Zacharias und Genossen, Errichtung einer Stauanlage im Gottleubathale betreffend; und endlich d) zu Kap. 53 über die Petition von Gemeindevorständen der Umgebung Dresdens, die Unsicherheit des Verkehrs und sonstige Mißstände betreffend.“ (Drucksache Nr. 107.)

Berichterstatter ist der Herr Abg. von Dohlschlägel. Begehrt der Herr Berichterstatter das Wort? — Es ist nicht der Fall.

(Abg. Goldstein bittet um das Wort.)

Generaldebatte findet nicht statt, ich werde die einzelnen Kapitel aufrufen.

Kap. 42, Ministerium des Innern nebst Kanzlei.

Hat sich der Herr Abg. Goldstein zu diesem Kapitel gemeldet? (Wird bejaht.)

Sie haben das Wort.

Abg. **Goldstein:** Meine Herren! Es ist üblich, bei dem Kapitel „Ministerium des Innern“ die Gesamthaltung dieses Ministeriums gegenüber den Staatsbürgern mit Bezug auf die politisch gewährleisteten Rechte, die politischen Freiheiten, wie nicht minder auch in Bezug auf die Handhabung der Gesetze seitens der Behörden gegenüber den verschiedenen politischen Parteien einer Besprechung zu unterziehen. Seit einer ziemlichen Reihe von Jahren kommt immer mehr und mehr nur eine Partei in Betracht, welche hinsichtlich der politischen Rechte gewissermaßen eine Ausnahmestellung einnimmt, und das ist, wie Sie wissen, die sozialdemokratische. Seitdem das Ministerium von Kostiz-Wallwitz gegangen ist und als gewissermaßen letzter Akt desselben damals die Ministerialverfügung erschien, welche meiner Partei die finanziellen Quellen abgraben sollte — ich meine die Januarverfügung vom Jahre 1892, in welcher verordnet wurde, daß die Zellerfassungverhältnisse andere werden möchten als bisher und auch die Kolportage in den Versammlungssälen verboten wurde, und auf diese Weise man glaubte auf die Sozialdemokraten wirken zu können, haben wir eine Besserung in